



Niedersachsen tritt "Koalition gegen Diskriminierung bei

Niedersachsen tritt "Koalition gegen Diskriminierung" bei
Absichtserklärung zum Schutz vor Benachteiligungen
Niedersachsen ist der "Koalition gegen Diskriminierung" beigetreten. Ministerpräsident Stephan Weil und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, unterzeichneten dazu am Donnerstag in Hannover die Absichtserklärung "Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft". Nach Berlin, Hamburg, Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen und Baden-Württemberg ist Niedersachsen das neunte Land, das der Koalition beigetreten ist. Ziel der Vereinbarung ist es, gemeinsame Anstrengungen gegen Diskriminierung zu organisieren, lokale Anlauf- und Beratungsstellen zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass der Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen politisch verankert wird.
"Niedersachsens Regierung nimmt den Schutz vor Benachteiligungen sehr ernst", sagte ADS-Leiterin Christine Lüders anlässlich der Unterzeichnung und würdigte die Ankündigung des Ministerpräsidenten, ein eigenes Modellprojekt zu "Anonymisierten Bewerbungsverfahren" auf den Weg zu bringen.
"Das ist ein ganz wichtiges Zeichen gegen den Abbau von Benachteiligungen im Bewerbungsprozess", sagte ADS-Leiterin Christine Lüders.
Ministerpräsident Weil sagte: "Ich wünsche mir sehr, dass es uns in Niedersachsen, aber auch in ganz Deutschland gelingt, jede Form von Diskriminierung zu überwinden und zu wirklicher gesellschaftlicher Toleranz zu kommen. Das gelingt uns am besten, wenn wir unsere eigenen Vorurteile gegen unsere Mitmenschen selbstkritisch hinterfragen. Nicht weniger wichtig ist es, laut und deutlich zu widersprechen, wenn in unserem Umfeld Menschen diskriminiert werden."
Die Koalition gegen Diskriminierung ist Teil der "Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft", die Anfang 2011 startete. Im Rahmen dieser Offensive fördert die Antidiskriminierungsstelle des Bundes deutschlandweit Beratungsstellen und verstärkt ihre Öffentlichkeitsarbeit. Die ADS setzt dabei auf eine enge Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen. Die Unterzeichner der "Koalition gegen Diskriminierung" machen mit ihrer Unterschrift deutlich, dass sie entschieden gegen Diskriminierung vorgehen wollen, Beratungsmöglichkeiten vor Ort verbessern und gemeinsame Strategien gegen Diskriminierung entwickeln wollen.
Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.
www.antidiskriminierungsstelle.de
ADS
Glinkastraße 24
10117 Berlin
Sebastian Bickerich
Kristin Döge
Tel.: 03018 555-1805
Fax: 03018 555-41805
presse@ads.bund.de


Pressekontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Firmenkontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.